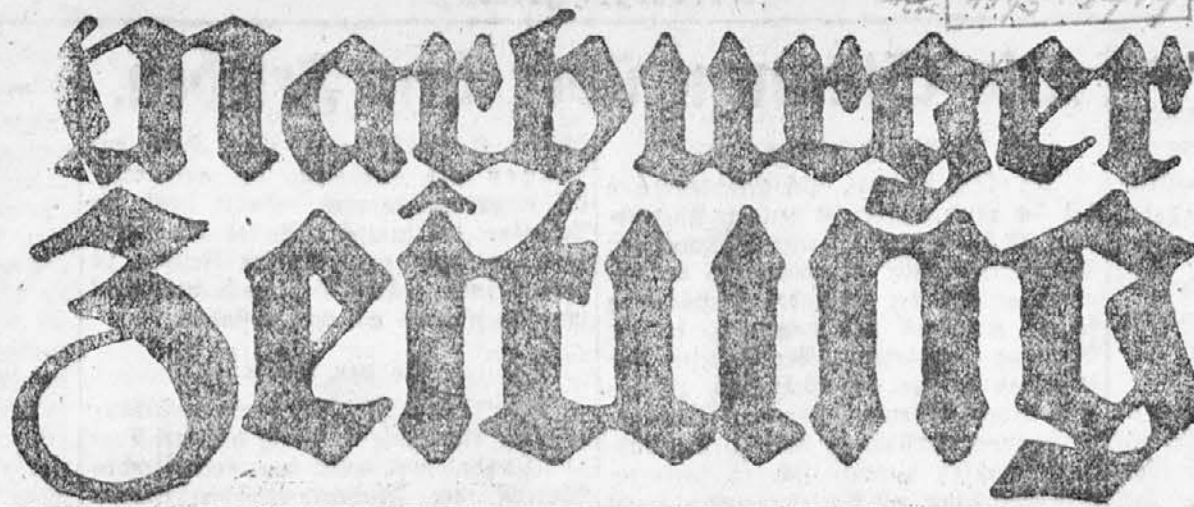


[illegible]

Die Schulbigen.

Marburg, 10. Mai.

Als der Krieg im vollen Gange war, da gab es Menschen, die mit dem Feuer der Ueberzeugung darauf hinariefen, daß nur ein Sieg das deutsche Volk vor Anfechtung bewahren könne, daß es eine Marrekei sei, daran zu glauben, die Entente werde, wenn sie siege, dem deutschen Volke einen Frieden auferlegen, der gerecht sei, der es nicht vernichten wolle und merke. Gewiß, viele dieser Leute haben im Ueberschwang des Herzens den Mund etwas zu voll genommen. Aber, wer das deutsche Volk kennt, der weiß, daß es andere Völker ebensowenig beherrschen will, wie es anderer Völker Anrecht und Sklave zu sein verfrägt. Wie aber wurden diese Leute verhöhnt, durch alle Gassen gezerri, als Vaterlands- und Volksschädlinge hingestellt, als Chauvinisten verschrien, als „Siegfriedler“ der Verachtung der Welt und insbesondere des deutschen Volkes preisgegeben. Und was haben denn diese Leute so Fürchterliches verbrochen? Sie haben im deutschen Volk den Willen zum Sieg machthalten und erwecken wollen. Da kamen diese volksfremden Elemente, die man an der Front so selten zu sehen bekam, und verhetzten die breiten, gedankenlosen Massen im Hinterland, redeten ihnen ein, daß ein Friede um jeden Preis die einzige Rettung fürs deutsche Volk sei. Da betrieb die jüdische Presse, die zwar in deutscher Sprache schreibt, der aber deutscher Geist ganz und gar fremd ist, Brunnenvergiftung und half wacker mit, das deutsche Volk wehrlos zu machen. Da wurden Leute zu Führern, die kurz zuvor noch dem „Ober“ im Literatenkaffee mit der Zedde durchgezogen waren, die in Gallzien noch vor Jahresfrist vom Mehl- und Speckschleichhandel gelebt oder als verkrachte Advokaten sich der Politik in die Arme geworfen hatten. Sie alle, alle ohne Ausnahme sind schuld daran, daß das deutsche Volk wehrlos wurde, daß es die Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellte.

Die Haltung Deutschlands.

Der unannehmbare Friede.

(Drehbericht der „Marburger Zeitung“.)

Berlin, 9. Mai. Die Auffassung der Reichsregierung geht dahin, daß der Friedensvertrag in der Form, wie er den deutschen Delegierten überreicht wurde, unentzerrlich und unauflöslich ist. Die deutsche Reichsregierung hat die deutschen Friedensdelegierten angewiesen, Gegenvorschläge zu machen, die sich auf die 14 Punkte Wilson stützen. Der Berliner „Vorwärts“, das Organ der Mehrheitssozialisten Deutschlands, schreibt, der Friede, den man Deutschland bietet, sei nicht nur unzureichend, sondern auch in höchstem Maße unklar. Der Korrespondent der „Wiener Mittagspost“ in Paris merkt, daß Anzeichen für eine Wende

zung der ersten Bedingungen vorhanden
sein. Man sei in Unterbreitungen der Mächte,
daß die deutschen Delegierten Paris nicht
verlassen werden, ohne den Vertrag unter-
schrieben zu haben, weil auf Seite der Deut-
schen der feste Wille vorhanden sei, zu einer
Einigung zu kommen. Hingegen bestrich
die französische Presse eine Ablehnung der
Friedensbedingungen und hat dem Eindruck,
daß man Deutschland den Frieden nicht wird
aufzwingen können. Die Reichsregierung hat
über einmütigen Wunsch aller Parteien die
Nationalversammlung für Montag den
12. Mai nach Berlin einberufen.

Die Kämpfe in Kärnten.

Laibach, 10. Mai. Das Laibacher Korrespondenzbüro meldet aus amtlicher Quelle: Die Situation ist unverändert. Im Laufe des 8. Mai ist es zu keinen Kämpfen gekommen. Der Feind hat mit seinen Truppen die steirisch-kärnthnerische Grenze nicht überschritten. Die militärischen Bevollmächtigten haben sich heute nachts zu den Verhandlungen nach Klagenfurt begeben.

Der Friede für Deutschösterreich.

Wien, 9. Mai. Auf Grund von Er-
kundigungen bei den hiesigen Entente-
missionen ergibt sich für die Friedens-
verhandlungen mit Deutschösterreich folgen-
des Bild: Nachdem sich die Entente und
Amerika einstimmig gegen den
Anschluß geäußert haben, ist der prinzi-
pielle Standpunkt festgelegt. Ueber die aus-
diesem Beischlusse hervorgehenden Einzel-
heiten ist jedoch noch keine endgültige Ent-
scheidung getroffen, da die Entente alles
weitere auf dem Wege der Ver-
handlungen mit den deutschösterreichi-
schen Delegierten zu besprechen müncht. Da-
her wurden auch vorläufig von der Entente
noch keine Mittheilungen über die einzelnen
Zustandbrisse gemacht, prinzipiell ist
man jedoch zu weitestgehendem
Entgegenkommen bereit. Am Ende
der Verhandlungen wird sich ergeben, welche
Erzizenzmöglichkeit Deutschösterreich geboten
werden soll.

Die deutschösterreichische Friedensabordnung.

Ihr Führer — Dr. Menner.

(Erschienen in der „Marburger Zeitung“).
 Wien, 10. Mai. Mit der Fiktion der
 deutschösterreichischen Friedensordnung
 wurde der Staatskanzler Dr. Renner
 (Sozialdemokrat) betraut, als Berater sind
 ihm Dr. Gürtler (Christlichsozial) und
 Dr. Schönbauer (demokrational) beige-
 geben.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Wien, 9. Mai. Außer den bereits genannten Vertretern der besetzten stilligen Gebiete Dr. Kammer für Untersteiermark und Martin Butte für Kärnten

nimmt auch noch der Landesrat Bingen
Schumy an der Friedenskonferenz, die
Sonntag nach Paris führt, teil.

Die Stellvertreter Dr. Kenners.

Die Stellvertreter Dr. Kenners.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)
Wien 9. Mai. Während der Abwesenheit des Staatskanzlers Dr. Renner von Wien wird ihn Vizekanzler Jodol fink vertreten. Der Hauptausschuß wird heute über die Person des Staatssekretärs für Inneres schlußfösig werden und dem Haupte morgen eine diesbezügliche Vorlage unterbreiten. Das Portefeuille des Staatsamtes für Inneres verfäh bis jetzt Dr. Renner. An seine Stelle soll der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Eldersch treten.

Röber für
Deutschösterreich.

Wien, 8. Mai. Wie in hiesigen Entente-
kreisen verläutet, soll Deutschösterreich große
wirtschaftliche, politische und territoriale
Vorteile bekommen, wenn es auf den An-
schluß an das Deutsche Reich Verzicht leistet.
Insbesonders werde die Entente dem Deutsch-
österreichern langfristige Einleihen gewähren,
damit sie so erweiterte Kräfte im Auslande
wieder neue Kaufkraft bekommen.

Ein Einschlag gegen Deutschösterreich.

(Friedrichsbericht der „Marburger Zeitung“.)

Wien, 2. Mai. Wie die Wiener „Mittagspost“ meldet, will die Entente das gesamte Verkehrsnetz des Deutschen Reichs unter dem Titel „Neutralisierung“ unter ihre Kontrolle bekommen. Sämtliche Hauptstellen der ehemaligen österreichischen Bahnen sollen neutralisiert werden.

Verchiebung der Wahlen in Kärnten.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Magenfurt, 9. Mai. Die provisorische Landesversammlung beschloß, daß die Landtagswahlen nicht, wie geplant, am 1. Juni, sondern erst am 22. Juni stattfinden haben.

**Ganz Deutschland
hinter Danzig!**

22. Berlin, 9. Mai. In ganz Deutsch-
land fanden in den letzten Tagen stürmische
Demonstrationen gegen eine etwaige Abren-
nung Dantsch statt, daß untrennbar mit dem
Deutschen Reiche verbunden bleiben müsse.

Die deutschen Kolonien.

Köln, 9. Mai. Der Rat der drei hat über die ehemaligen deutschen Kolonien folgende Entscheidung gefaßt: Deutsche Ostafrika wird an England, Deutsch-Südwestafrika an die Südafrikanische Union, Samoa an Neuseeland und die anderen deutschen Besitzungen im Großen Ozean südlich des Äquators an Australien übergeben. Eine Ausnahme bildet Kamerun, das unter englisches Mandat gestellt wird. Die anderen Inseln nördlich des Äquators werden an Japan fallen. Über Togo und Kamerun wird später eine Entscheidung getroffen werden. Wahrscheinlich kommen diese Gebiete an Frankreich und England. (Wie man sieht, fließt England, dem ohnehin schon die halbe Welt gehört, alles ein und die anderen können durch die Finger schauen.)

Deutschland und der Völkerbund.

Berlin, 2. Mai. Der „Abend“ meldet aus Basel. Die „Baseler Nachrichten“ melden aus London: Lord Cecil hat den englischen Vertretern bekanntgegeben, daß Deutschland eingeladen werden wird, dem Völkerbunde beizutreten.

Die Lage in München.

123. München 9. Mai. Auf Plakaten unterschrieben vom Ministerpräsidenten Hoffmann, verkündigt dieser im Namen der Regierung und des Landtages den Hinterbliebenen der ermordeten Geiseln und den in deren Gesellschaft Ermordeten, staatlichen Schutz gegen Mord. Ein Aufruf des Ministerpräsidenten wendet sich an die Arbeiterschaft und mahnt die Bevölkerung zur Ruhe.

Die Manipulationen der Männlicher Niere.

München, 9. Mai. Wie bekannt, hat die Regierung fällige Beihilfen im Werte von 1,600,000 Mark ausbezahlt. Das Ministerium Hoffmann beabsichtigt, dieses Geld durch stiftliche heimliche Staatsbankrotte zu erhalten.

Die Anerkennung des GGG.-Staates.

(Drahtbericht des „Münchener Boten“.)
 Wien, 8. Mai. Wie der „Wiener Mit-
 tagspost“ aus London gemeldet wird, haben
 England und Frankreich das G.D.S.-König-
 reich anerkannt. Eine offizielle Festätigung
 dieser Anerkennung steht jedoch noch aus.

GGG.-Staat und Italien.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Ageuz, 9. Mai. Der SDS-Staat hat verfügt, daß für die Einfuhr italischer Waren der autonome Zollsatz in Anwendung zu kommen habe. Da dieser Zollsatz sehr hoch ist, wird dadurch die italienische Einfuhr unendlich vermindert.

Die Kämpfe in Ungarn.

Budapest, 9. Mai. Das ungarische Korrespondenzbüro meldet: Zwischen Sopron und Debrecen ist es zu kleineren Zusammenstößen gekommen. Nördlich von Zagreb haben die ungarischen Truppen aufgefördert, sich zu ergeben. Die Ungarn haben die Verhandlungen abgelehnt. Am Morgen ist die Lage unverändert.

Prag, 9. Mai. Eine magyarische Abteilung, ungefähr 200 Mann stark, hat mit Maschinengewehren eine tschechoslowakische Abteilung bei Dobruška angegriffen. Mit Hilfe eines Panzerzuges haben die Tschechoslowaken den Angriff ohne Verluste abgewiesen. Ungarische Artillerie beschießt tschechoslowakisches Gebiet nördlich von Vahlesha-Charvata, infolgedessen auch das Gebiet hinter der ursprünglichen Demarkationslinie. Zum Kommandanten der tschechoslowakischen Truppen kommen viele Deputierten aus ungarischen Städten und Dörfern und bitten um Schutz gegen die Gewalttätigkeit der bolschewistischen magyarischen Truppen durch Begehung seitens tschechoslowakischer Abteilungen. Diesen Bitten können die Tschechoslowaken selbstverständlich nicht stattgeben, weil diese Ortschaften in rein magyarischem Gebiete liegen.

Die Unruhen in Rußland.

(Nachbericht der „Marburger Zeitung“.)

Batck, 9. Mai. In Petersburg sind ernste Unruhen ausgebrochen. In den Straßen wurden Barrikaden errichtet. Die Bolschewisten haben an der Nordwestfront eine starke Offensive eingeleitet. Narva wurde unter Feuer genommen. General Schewski übernahm das Oberkommando über die Nordfront.

Lewin und Nissen Lebnje — noch nicht verhaftet.

(Nachbericht der „Marburger Zeitung“.)

Berlin, 9. Mai. Das Ministerium Hofmann hat eine Kundmachung erlassen, in der es auf die Ergreifung, beziehungsweise Ermöglichung der Ergreifung der blutbesetzten Spartacistenführer Lewin und Nissen-Levin eine Belohnung von je 10.000 Mark aussetzt.

Ein militärischer Streif.

Wien, 9. Mai. Am 10. Mai werden im Staatsamt für Heerwesen sowie im liquidierenden Kriegsministerium sämtliche dort kommandierten Soldaten, Offiziere, Beamte und Hilfskräfte in einen siebenköpfigen Demonstrationstreif wegen Nichtbewilligung ihrer Gehaltsforderungen treten.

Ministerratssitzungen in Belgrad.

Belgrad, 8. Mai. Der Ministerrat beschäftigte sich in seinen Sitzungen am Montag und Dienstag abend eingehend mit der deutschen Offensive in Kärnten. Die heutige Sitzung dauerte bis halb 3 Uhr früh.

Die Stimmen über den Frieden.

Im Reichstag.

Berlin, 9. Mai. Der Hauptausschuß hat heute mittags verhandelt. Abgeordneter Müller gab folgende Erklärung ab: Die niedergedrückte Stimmung, in der wir alle angesichts der drohenden Zerkleinerung stehen, macht es uns unmöglich, in der Beratung fortzufahren. Die Parteien und jeder von uns hat das Bedürfnis, zu den über jedes Erwarten schweren Friedensbedingungen Stellung zu nehmen. Der Ausschuss beschloß hierauf, sich zu verlagern. Aus Gesprächen mit Parlamentariern erlaßt sich, daß sämtliche Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken die Herbeiführung vertreten, daß der Friedensvertrag in der vorliegenden Form für Deutschland vollkommen unmöglich ist, daß keine deutsche Regierung einen solchen Vertrag unterschreiben könnte.

In der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 9. Mai. In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung betonte Ministerpräsident Fritsch, daß die Friedensbedingungen zu der am 11. April gefassten Entschließung der Landesversammlung im schärfsten Widerspruch stünden. Von einem Verständigungsfrieden sei keine Rede. Es sei ein reiner Machtfrieden. Jetzt heiße es vor allen Dingen kaltes Blut zu bewahren. Entschlossen muß sich das Volk hinter Reich und Staatsregierung stellen. Der trübste Tag der deutschen Geschichte müsse ein starkes Geschlecht finden. Vizepräsident Dr. Frenzel erklärte im Auftrage einer großen Anzahl von Abgeordneten, daß sie gegen das von Machthabern diktierte Vorgehen der Entente ebenso Widerspruch erheben, wie gegen die Bedingungen, die gegen Treue und Glauben verfaßt seien. Nachdem Abgeordneter Adolf Hoffmann namens der Unabhängigen erklärt hatte, daß sie die Bedingungen der Entente auf das schärfste verurteilen und einen Appell an die Proletarier aller Länder gerichtet haben, die den Gewaltfrieden durch die soziale Weltrevolution zu beseitigen würden, schloß Vizepräsident Dr. Frenzel vor, die Verhandlung abzubrechen.

In der württembergischen Landesversammlung.

Stuttgart, 9. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung der württembergischen Landesversammlung führte der Präsident unter anderem aus: Der geistige Tag ist für unsere Bevölkerung von katastrophaler Bedeutung. Die Friedensbedingungen bedeuten, wenn sie nicht noch wesentliche Änderungen erfahren, eine Unterbindung der Lebensfähigkeit unseres Volkes. Das deutsche Volk soll zu einem Sklaven voll erniedrigt werden, das in Zukunft allen Kapitalisten und Imperialisten der Entente Treuendienste leisten soll. Von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in den Friedensbedingungen kaum noch eine Spur zu finden. Statt Verhöhnung wird der Freie nach diesen Bedingungen ver-

schärft Erbitterung und Haß erzeugen und eine Kriegslust ausbreiten, die unvorstellbar muß. Sollte selbst die Lebensnot des deutschen Volkes die Regierung zwingen, einen solchen Frieden zu unterzeichnen, würde sich doch das Volk innerlich niemals mit ihm abfinden.

An der Börse.

Berlin, 9. Mai. Die Börsenversammlung beschloß, die Börse vorläufig auf drei Tage zu schließen, weil unter dem herrschenden Eindruck der Friedensvertragsforderungen schwere Erschütterungen zu befürchten wären.

In der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Wien, 9. Mai. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erstattete Doktor Richard Weisskirchner namens des Hauptausschusses Bericht über die Leistung der Friedensabordnung und stellte dem Antrag, als Führer derselben Dr. Kerner, als dessen politische Berater Dr. Görtler und Dr. Schönbauer zu bestellen. Nach der einstimmigen Annahme dieses Antrages erhob sich Staatskanzler Dr. Kerner zu einer Erklärung. Er war tief bewegt und mit ihm das ganze Haus, als er des schändlichen Friedensabstandes gedachte, das gestern der deutschen Nation gemacht worden war. Dr. Kerner gab der Hoffnung Ausdruck, daß das erschütternde Schicksal, das den Deutschen drohe, durch die wachsende Erkenntnis der Völker dieser Erde gemildert werden könne. Der Gang nach St. Germain sei nicht so sehr ein Gang an den Beratungen als ein Aufgang. Aber es sei immer so gewesen, daß die Völker für das Böse mühen, was die Herrschenden verbrochen haben. „Bei dem Wege, den wir unternehmen“, sagte Dr. Kerner, „wird uns ein Leichten führen: das Festhalten an den Beschlüssen der propägorischen Nationalversammlung vom 12. November des Vorjahres und an den Beschlüssen der konstituierenden Nationalversammlung. Wir müssen die Politik Doktor Adlers und Dr. Baupers fortsetzen. Politische Macht kann bewirken, daß wir unser Ziel jetzt nicht oder vielleicht auch gar nicht erreichen, aber unser Ziel steht fest, so wahr wir Deutsche sind. Man kann uns das Herz nicht aus dem Leibe reißen. Wenn wir fortleben sollen, so wird man es nie und niemals vernünftigen, uns vergessen zu machen, daß wir Deutsche und damit Kinder der unglücklichsten Nation der Erde sind. Es kann sein, daß eine geschichtliche Phase gegen uns ist. Es wird sich aber erweisen, daß die Jahrtausende allen Bande des Blutes nicht zerreißen werden können. Wir werden uns trennen, wenn wir auch den Notwendigkeiten der Zeit weichen müssen, als wir wütenden, Rechnung tragen müssen.“ — Die Erklärungen Dr. Kerners, die des Ästern vom Bestall des Hauses unterbrochen wurden, fanden einheitliche Zustimmung des Hauses.

In den tschechischen Blättern.

Prag, 9. Mai. Alle tschechischen Blätter sind vom Inhalte des Friedensvertrages besriedigt. Sie finden kein Wort des Mißgefälls für Deutschland. Selbst „Prava Lidu“ äußert bloß, daß die Deutschen sich für die Zukunft damit abfinden müssen, nicht mehr ein Volk zu sein, vor dem die Welt erzittert, und daß sie erst nach Erlass der Kriegsschäden über ihre Arbeit frei werden verfügen dürfen. Sehen sie ab, sagt das Blatt, so droht die Entente mit der nächsten Befehlung von ganz Deutschland — nehmen sie an, so wird das bedeuten, daß Europa sich auf vollkommen neue Grundlagen stellt und daß Deutschland in der Zukunft für eine lange Zeit seine Großmachtstellung verliert. Zum Schluß meint das Blatt, daß man den in Nordböhmen lebenden Deutschen die Hand zu einer freundschaftlichen Vereinigung anbieten müsse.

In den neutralen Ländern.

Berlin, 9. Mai. Die „Tägliche Zeitung“ meldet aus Rotterdam: In der Beurteilung des Friedensvertrages herrscht in Holland nur eine Stimme: Gewalt.

In England.

Rotterdam, 9. Mai. Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, haben die englischen Zeitungen, ausgenommen einige Blätter der Linken, den Friedensvertrag mit Genugtuung aufgenommen.

In den feindlichen Zeitungen.

Amsterdam, 9. Mai. Das Reutersbüro meldet aus New-York: Die Morgenblätter stimmen in ihren Meinungen, daß Deutschland durch den Friedensvertrag vollkommen entkräftet wird und das Schicksal, welches es verdient hat, erleidet, überein.

Die aufstündigen Wahlen in Amerika.

Luern, 9. Mai. Bei den in Amerika im Jahre 1920 stattfindenden Wahlen wird für die republikanische Partei General Wood für die Präsidentenstelle kandidieren. (Wie so ist, wie bekannt, Angehöriger der demokratischen Partei.)

Die luxemburgische Wahlreform.

Luxemburg, 9. Mai. Die Landesversammlung hat sich für das Frauenwahlrecht ausgesprochen.

Ernährungsfragen.

Erhöhung der Brot- und Mehlpreise. Das Gemeindevorstandsbüro Marburg hat sich seinerzeit genötigt gesehen, die Mehl- und Brotpreise zu regulieren und hat sie erhöht. Aber die Erhöhung war nicht so hoch, daß sie wenigstens annähernd die Eigenkosten gedeckt hätte, und die Gemeinde mußte bei jedem Kilogramm Mehl über 3 R. draufzahlen. Diese Draufzahlung hat sich unter besten Infolge Verteuerung der Rohstoffe noch erhöht, so daß die Summe, welche die Gemeinde bis heute dazugezahlt hat, den

Stolze Herzen.

Keman von Fr. Lehne

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Ruth lag in ihrem Zimmer; Ellen war in der Küche beschäftigt.

Nach ungefähr einer halben Stunde verließ der Besuch das Haus und gleich danach erklang ein heftiges Klingeln aus dem Zimmer der Gräfin.

„Ruth, du sollst sofort zu Mama kommen! Mein Gott, was gibst du mir wieder?“ sagte Ellen ganz blaß. „Mama ist außer sich. Wer weiß, was die Frau Oberst ihr erzählt hat.“

Mit einem heißen Atemzug erhob sich Ruth und legte die Stütze, mit der sie beschäftigt war, beiseite.

„Ich weiß, um was es sich handelt, Ellen. Ich habe es dir nur nicht gesagt, um dich nicht zu ängstigen. Komm mit und höre!“

Wie eine wilde Gans stieß die Gräfin auf die Küche zu.

„Was habe ich hören müssen! Auf's größte hast du dich, mich, kompromittiert! Gestern abend im Theater bist du — es ist kaum zu glauben! — bist du für eine erkrankte Sängerin als „Mignon“ aufgetreten. Hast du denn ganz den Verstand verloren?“

„Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte ich gestern abend die Partitur wohl kaum singen können!“ Ruth lächelte dabei ein we-

nig, und das brachte die Gräfin ganz aus der Fassung.

„Du ungeratene Geschöpf!“

„Bitte, Tante, vergreife dich nicht im Ton!“

„Ach, soll ich dir etwa mit Liebenswürdigkeit begegnen und noch nachträglich einen Schritt billigen, durch den du Schande über unseren Namen gebracht hast?“

Ruth blieb den Ausfällen der Tante gegenüber noch gelassen, aber ihre Wangen hatten sich lebhafter gerötet, und sie hatte Mähe, ihn zu beherrschen.

„Dann ist es doch mein Name, und nicht der deinet! Was ich getan, kann ich auch verantworten“, entgegnete sie.

„Was wird anderer Ansicht sein! Wie bereue ich die Stunde, in der ich dich liebte! Und mütterlich an mein Herz genommen habe — das so leicht es mir mit jenem Abend!“

Bei diesen Worten wurde es verächtlich um Ruths Mund.

„Geduld und mütterlich — soll hätte ich lassen müssen!“

„Ich war wie vom Donner gerührt, als mir Frau Oberst von Schöber von deiner unüberlegten Handlungswiese erzählte, umsonst, als du bist mit deiner mehr als belästigenden Leistung bloßgestellt hast!“

Ruth verzog den Mund.

„Das Urteil der Frau Oberst ist mir nicht maßgebend, auch kannst du verurteilt sein, daß das Publikum nicht weiß, wer ich bin. Auch in die Zeitungen kommt mein Name nicht!“

„Das ist ganz gleich! Trotzdem hast du doch schamlos gehandelt — schamlos, sowohl, daß du das richtige Wort! Nicht einen Schritt darfst du mehr ohne mich ausgehen — die Gesangsstunden haben selbstverständlich ein Ende, und deiner famosen Gesangslehre wird ich meine Meinung schreiben!“

„Da du glaubst, daß ich dir Reue gemacht habe, so will ich dir durch meine Absicht nicht länger lästig fallen, noch heute verlasse ich dein Haus.“

„Wohin willst du denn? Bei deinem Leichtsinn bist du es deinem Bruder schuldig, dich nicht aus den Augen zu lassen!“

„Tante, ich verbitte mir diese Befehlsanfragen!“ fuhr Ruth auf. „Vor Klaus werde ich mich schon rechtfertigen; ich werde ihn telegraphieren, daß er kommen soll. Jetzt erlaube mir, daß ich meine Sachen packe.“

Grüßte Tanteback geriet durch Ruths Geistesfreiheit in eine immer größere Erregtheit und überhäufte die Nichte mit Schandbegriffen, so daß diese wortlos das Zimmer verließ.

Ellen, die erschrocken, mit tränenvollen Augen dahinsah, mußte nun den mütterlichen Zorn über sich ergehen lassen. „Am liebsten möchte ich einen Strich durch diese Verwandtschaft und ihre jedes Band!“

In übermüdeten Ellen ihre Zaghaflichkeit.

„Wie sollte ich von Klaus, Mama!“ sagte

sie mit unermesslicher Festigkeit, „mag kommen was will!“

„Echtlich, überlegen, mußte die Frau ihre Tochter.“

„Um ja, dann bist du wenigstens versorgt.“

Ellen brach in bitterliches Weinen aus. „O Mama, was hast du mir getan, daß du so ungerade bist!“

Die Gräfin starrte vor sich hin — nichts hatte Ellen verschuldet, nichts! Nur, daß sie die Tochter eines ungeliebten, ja verhassten Mannes war — das hatte sie nie vergessen können — ihre Mutterliebe wurde sogar davon beeinträchtigt.

„Schweig!“ herrschte sie das zarte Mädchen an. Dann schrieb sie einige Worte nieder. Dieses Telegramm an Klaus besorgte ihr ohne Aufenthalt, und dann schloß sie die Vorhänge ab. Ruth darf nicht aus dem Hause. Du bringst mir den Schlüssel!“

„Solange ich nicht Klaus wegen meiner bedingten Entlassung!“ las Ellen, und die Sorge um das kommende legte sich schon auf die Fremde, Klaus wiederzusehen. Zwei Telegramme, die ihn riefen — eins von Ruth, eins von der Tante — das mußte dringend sein! Da mußte etwas Ereignisliches vorhergegangen sein.

Es pöhlte sich mit den Tagen, so daß Klaus am Spätnachmittag in der Stadt antraf.

Er war nicht gerade unangekommen, aber

Betrag von 800.000 K übersteigt. Dies ist eine so große Last, welche die Gemeinde kaum tragen können, auf keinen Fall aber kann sie es zulassen, daß sich diese Schuld noch vermehrt. Deshalb sucht sich die Gemeinde neuerdings genötigt, die Mahl- und Brotpreise zu erhöhen. Zu dieser Erhöhung bringt sie andererseits auch die Forderung der Vorkosten um höheren Arbeitslohn, welche sie annehmen mußte. All diese sehr unangenehmen Dinge bewirken, daß der Preis für Brot heute wenigstens 5 K 80 h, bis 6 K pro Kilogramm betragen müßte, aber die Gemeinde ist bereit, noch weiterhin einen Teil dieser Erhöhung zu tragen und erhöht von Montag den 12. d. M. den Preis eines Brotlaibes von 700 Gramm aus weitem Mehl auf 2 K 80 h, den Preis des feinsten weißen Brotmehls auf 4 K 80 h, während der Preis für Roggenmehl wie bisher 3 K 20 h bleibt. Ebenso wird die Gemeinde noch weiterhin die Differenz im Preise für Brotmehl, welches an die Minderbemittelten in der Verkaufshalle des Hilfsausschusses abgegeben wird, tragen, für welche der letzte Preis von 1 K 60 h noch weiterhin in Gültigkeit bleibt.

Marburger- und Tages-Nachrichten.

Der Wetterwinkel.

Lauteabend Haus Wamler. Wir machen nochmals auf den heutigen Lauteabend des Herrn Hans Wamler, für den sich in der ganzen Stadt lebhaftestes Interesse kundgibt, aufmerksam. Karten sind in der Musikalienhandlung Höber, Schulgasse 2, und an der Kasse zu haben.

Aussagung. Wir werden am Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Die Gefertigten erlauben sich, dem verehrlichen Publikum aufs Beste zu danken für den zahlreichen Besuch an ihrem Ehrenabend. Insbesondere dankt der Erstunterzeichnete dem fröhlichen Tessa aufs herzlichste für das schöne Angebinde. Gleichzeitig danken sie namens des

Volks, als ihm die Gräfin mit den gehörigen Aufmerksamkeiten von Ruths Auftreten im Theater erzählte.

Bormurscholl sah er die Schwester an und wußte den Kopf.

„Ruth, welches Wagnis, welche Unvorsichtigkeit?“

„Sage dir den Unfall erklären, lieber Klaus!“ hat sie. „Ich fürchte mich doch der Warte so sicher!“

„Und hast dich trotzdem glänzend bewiesen!“ warf die Gräfin schallig ein. „Brandest von Schächer kann das beurteilen.“

„Zu bewundern sei nur die Kühnheit gewesen, mit der du dich an eine solche schwierige Aufgabe gewagt hättest!“

„Dergleichen, Mama, dem ist doch nicht so!“ warf Ellen ein, die saßen in das Zimmer trat und die letzten Worte der Mutter gehört hatte.

„Sieh hier den Bericht der Abendzeitung. Ich habe eben gelesen, wie sehr Ruth geliebt wird.“

Ellens Augen leuchteten; ihr jähwärmender Sinn ließ sie die Kusine bewundern, sie hatte nur bedauert, nicht mit Zeugnissen von Ruths Triumpfen gewesen zu sein!

„Ruth warf ihr einen dankbaren Blick zu; es war wohl das erste Mal, daß Ellen den Blick zu einem Widerspruch fand!“

(Fortsetzung folgt.)

ganzen technischen Bühnenpersonals dem allverehrten Herrn Direktor Siegel für das dem technischen Bühnenpersonal gegenüber stets an den Tag gelegte Wohlwollen. Hans Pleier, Josef und Anton Stramischel.

Impfzeugnisverteilung für Marburg (Stadt). Die Verteilung der Impfzeugnisse für jene Personen, welche am Impfstellplatz, Knabenvolksschule IV, Exerzierplatz, geimpft wurden, findet ab Montag den 12. Mai täglich um 17 Uhr nachmittags dorselfst statt. Die Geimpften werden aufgefordert, persönlich die Zeugnisse spätestens acht Tage nach erfolgter Impfung abzuholen. Bis 25. Mai muß jedermann im Besitze eines Impfzeugnisses sein.

Allgemeine Zwangs-Blattern-Schutzimpfung in Marburg (Stadt). Nach der in heutiger Zeitung veröffentlichten Kundmachung ist von der Landesregierung in Laibach auch für die Stadt Marburg die allgemeine Zwangsimpfung bestimmt worden. Im Stadtgebiete Marburg haben sämtliche Bewohner bis Montag den 26. Mai 1919 den Nachweis zu erbringen, daß sie in der Zeit vom 1. Jänner 1915 bis 1. Jänner 1919 mit Erfolg geimpft wurden oder im Falle der Nichtimpfung oder erfolglosen Impfung in diesen 4 Jahren, sich in der Zeit vom 1. Jänner 1919 bis 25. Mai 1919 der Blatternschutzimpfung unterzogen haben. Jene Personen, welche sich wegen etwa bestehender Krankheit der Schutzimpfung nach obiger Bestimmung nicht unterziehen können, haben dies ärztlich bescheinigen zu lassen und haben sich später dieser Impfung zu unterziehen. Die Impfzeugnisse und Bescheinigungen über nicht durchführbare Impfung sind bereit zu halten und müssen am 26. Mai 1919 durch die Hausbesitzer mit der Hausliste beim Stadtmagistrat abgeliefert werden. Die Impfzeugnisse haben zu enthalten Name, Geburtsjahr, Tag der Impfung und den Erfolg derselben. Die Hausbesitzer haben daher Sorge zu tragen, daß bis 26. Mai die Impfzeugnisse sämtlicher Bewohner des Hauses, bei ihnen abgeliefert sind. Eventuell fehlende Zeugnisse sind den einsammelnden Organen vom Hausbesitzer anzugeben. Nach Verwertung der eingesammelten Impfzeugnisse zur Eintragung des Impfzustandes in den Gemeindefachregister werden die Zeugnisse den Parteien wieder zugestellt. Nach fertiggestellten Impfstellen d. i. mit 1. Juni 1919 wird gegen etwaige Impfeniten mit aller Strenge der in der Kundmachung angeführten Strafen vorgegangen und werden außerdem die so bestraften Personen zur Impfung zwangsweise vorgeführt. Um entsprechend die Gelegenheit zur Impfung zu gewähren, wurden die praktischen Ärzte in Marburg aufgefordert, in ihrer Privatordination Impfungen vorzunehmen und wird die unentgeltliche allgemeine Impfung in der Zeit von Mittwoch den 7. Mai bis 24. Mai in der Knaben-Volksschule IV am Exerzierplatz, täglich ab halb 15 Uhr nachmittags vorgenommen. Am 25. Mai 1919 haben alle jene Personen, welche in Marburg ständigen Aufenthalt nehmen wollen, anlässlich der Meldung ein Impfzeugnis im obigen Sinne vorlegen oder sich sogleich der Impfung zu unter-

ziehen und hat der Impfzustand in den Impfstellen eingetragen zu werden. Stadtmagistrat Marburg am 30. April 1919. Der Regierungskommissar: Dr. Pfeiffer m. p.

Der Walzerabend in der Gambriushalle am Sonntag den 11. Mai findet nicht statt.

Schwarze Blattern sind im Laufe der Woche neuerdings aufgetreten: In Oberstättling zwei, Tepsau (Gemeinde St. Peter) drei, Lugenbork zwei, in Marburg, Franz Josefstraße 5, ein Fall.

Einbruch. Michael Sunfo, Heinrich Miglitsch und Franz Berger, drei Maurergehilfen, welche in der Nacht zum 2. d. M. in der Wohnung des Herrn W. H. H. in der Gasse 5 am Dachboden beschäftigt waren, haben dort einen der Frau W. H. H. gehörigen Koffer, erbrachen ihn und stahlen daraus Frauenwäsche und Kleider im Werte von 1971 K 60 h. Alle drei wurden verhaftet und dem Kreisgericht eingeliefert.

Ausweisung. Der 27 Jahre alte, aus Wien zugewandte Josef Langer, dann der aus Inzerdorf gebürtige August Münzberg, 33 Jahre alt, wurden bei dem Versuch, Lebensmittel über die Grenze zu schmuggeln, verhaftet. Die Ware wurde beschlagnahmt und die Obgenannten nach Deutschösterreich ausgewiesen.

Mehren-Apothek. Herrengasse. Magbale-Apothek, Kaiser-Wilhelm-Platz, und Schützengasse-Apothek, Tegetthofstraße, versehen diese Woche bis einschließlich Samstag d. 11. Nachtsdienst.

Schaubühne und Kunst

Stadttheater. Heute, 19. Mai, wird die Genossenschaftliche Kaimans „Die Gladiatoren“ zum erstenmal aufgeführt. Nachmittags (letzte Nachmittagsvorstellung) 15 Uhr zum letztenmal „Ein Tag im Paradies“. — Montag Benefiz des gesamten Chorpersonals. „Die Gladiatoren“. — Dienstag zum drittenmal: „Die Gladiatoren“. — Donnerstag den 15. Mai (letzte Vorstellung). Ehrenabend des Spielleiters Franz Redl, der sich

für seine aufopfernde, rastlose Arbeit als Spielleiter der meisten in dieser Spielzeit zur Ausführung gebrachten Werke besondere Verdienste erworben.

Ehrenabend des Chorpersonals. Montag den 12. Mai findet zum Gunsten des Chorpersonals die Aufführung der allseits beliebten und melodischen Operette „Die Gladiatoren“ statt. In Anbetracht, daß unser Chor stets vollstündig seine Pflicht getan, einige von ihnen in Rollen sich die Gunst des Publikums zu erringen mußten, hoffen wir, daß sie an ihrem Ehrenabend durch ein vollendetes Haus entschont sein werden.

„Sons Zuckeborn“. Dieser lustige Schwanke von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg wurde als Ehrenabend für die Theaterkassierin Fräulein Diga Kollar aufgeführt. Schade, daß der Abend nicht besser beschickt war. Es scheint, daß wirklich nur die Operette ein volles Haus zu bringen vermag. Allerdings fehlt es heuer auch an Kräften für das Schauspiel, so daß zur Aufführung eines Schwanke immer auch unsere Operettentruppe herangezogen werden müssen. Sehr erwünscht wäre es, daß von Einzelnen die Rollen besser studiert würden, damit die Souffleurin nicht gar so viel Mühe geben muß und auffällige Gesprächsflächen, wie dies einmal zwischen Herrn Preis und Herrn Freund der Fall war, vermieden werden. Recht gut in Spiel und Sprache waren die Damen: Frau Berla Siegel als Maria Mendel, Fräulein Markowitsch als Frau Krone und Fräulein Delos als Frau Koller. Eine ausgezeichnete Schauspielersche Leistung bot Herr Kroll als Boris Mensky. Herr Redl als Tobias Kradt trug viel zum Humor des Stückes bei.

Kino.

Stadt-Kino. Auch mit dem Film „Der Seuge aus dem Jenseits“ hat die Direktion einen glücklichen Griff getan. Die Eigenart desselben liegt darin, daß die Handlung des Werkes den Zuschauer bis knapp vor Schluß über den Ausgang im Unklaren und eine Reihe von Mordtaten ahnen läßt, schließlich eine sensationelle Lösung bringt, die allgemeine Befriedigung auslöst. Der geniale Louis Meyer hat damit ein Gesellschafts-Kriminaldrama geschaffen, welches weit vom üblichen in durchaus interessanter Weise abweicht. Die Darstellung in Ausstattung ist eine sticht, wie z. B. der Operationsaal, der Schwurgerichtssaal; die Gesellschaftslogen sind vornehmlich arrangiert. Eilher Carina und ihre Partner leisten vorzügliches in Spiel und Maske. Unheimliche Szenen bringt das Lustspiel „Getraut mit dem Teufel“. Dieses Programm wird bis einschließlich Montag vorgeführt.

Briefkasten der Schriftleitung.

Zu den anonymen Einsendungen! Wir sind nicht jenseits der Welt, sondern bringen die Meldungen, die wir erhalten, wahrheitsgemäß wieder. Allerdings müssen Sie es uns überlassen, zu bestimmen, was wir bringen und was nicht. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß es unethisch ist, unter dem Titel der Anonymität Verleumdungen zu erheben. Ein wirklich deutscher Mann unterläßt es in solchen Fällen nie, seinen Namen zu nennen.

Dr. Karl Josef Urbaczek

Domplatz 6, ordiniert in der Impfstelle, d. i. bis 26. Mai, von halb 17 bis 18

Zahnarzt

Dr. A. Valentincig

ordiniert täglich von 8—12 und 14—16, an Sonntagen von 8—11.

Letzte Nachrichten.

(Nach Schluß des Blattes eingelangt.)

Die deutsche Antwort.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Paris, 9. Mai. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Graf Brockdorff-Rangau, richtete an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, folgende Note: „Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in den entscheidenden Punkten die Basis eines Rechtsfriedens verlassen ist. Sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausbrüchlich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird. Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind, vieles ist nach Ansicht unserer Sachverständigen überhaupt unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird daher im einzelnen den Nachweis erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen sowie den dazugehörigen Material fortlaufend zugehen lassen.“

Wien, 10. Mai. (Tel.-Comp.) Die deutsche Reichsregierung hat dem Grafen Brockdorff-Rangau telegraphisch mitgeteilt, daß die Friedensbedingungen für sie völlig unannehmbar seien und ihn beauftragt, den stärksten Protest einzulegen.

Genf, 9. Mai. In Paris informierten Kreisen der Alliierten ist man der Ansicht, daß über den von den Deutschen schriftlich einzubringenden Abänderungsantrag eine mündliche Aussprache erfolgen wird. Präsident Wilson ist bemüht, eine solche Aussprache herbeizuführen.

Berlin, 9. Mai. Das „Berliner Tageblatt“ erzählt aus Versailles, daß die deutsche Friedensdelegation in ihrer letzten Sitzung die Antwort in großen Zügen fest-

Die Adressfrage.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Berlin, 10. Mai. Dem „Vossischen“ wird aus Paris gemeldet: Lloyd George, Clemenceau und Orlando haben sich heute mit der künftigen Grenze des alten Österreich-Ungarn sowie mit der Adressfrage befaßt.

Englische Zubericht.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Rotterdam, 9. Mai. Die „Times“ meldet, daß trotz aller Zwischigkeiten auf der Friedenskonferenz binnen kurzer Zeit vollstündige Einvernehmen zwischen den alliierten und assoziierten Mächten zu erwarten sei.

Die Münchner Opfer.

(Drahtbericht der „Marburger Zeitung“.)

Wien, 10. Mai. Aus München wird gemeldet: Die Zahl der während der Münchner Kampftage getöteten Personen beträgt 500, die der Verwundeten 700. Dreißig Personen wurden standrechtlich erschossen. — Die Regierung Hoffmann wird erst Anfang Juli nach München zurückkehren.

Sozialer Spiegel

Ein Frauenprogramm.

Von Frau Dr. Margarete Millshinsky, Wien.

Die ungeheuren Anordnungen der letzten Zeit haben endlich auch den Frauen das Recht gebracht und natürlich auch die Pflicht auferlegt, am Aufbau des Staates und an dessen Arbeiten mitzuwirken. Folgende Forderungen sind für uns Frauen von besonderer Bedeutung:

Das Kind.

In der Erkenntnis, daß das Kind der kostbarste Besitz der Nation ist, fordern wir alle Maßnahmen, die dem Schutze des Kindes dienen: vermehrte und erhöhte Säuglingsfürsorge durch Einführung von Stillprämien, allgemeine Einführung von unentgeltlichen Milchabgabestellen für Bedürftige, Belehrung und praktische Anleitung der Mütter und Frauen in der Kleinkinderpflege, Mütterberatungsstellen. Wir verlangen eine ausreichende Spitalsfürsorge für kranke Kinder, die Errichtung von Heimstätten für abgemagerte Kinder und Tagesheimstätten für solche, die der häuslichen Beaufsichtigung entbehren, Ausbau des Hort- und Ferienkolonienwesens, Gesetz zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung und eine Vornamensänderung des gesetzlichen Schutzes für Mädchen, ferner eine Reform des Jugendstrafrechtes, das Verbot der Kinderarbeit und der Nachtarbeit von Jugendlichen, die Durchführung der Verarmungsmaßnahmen.

Wir fordern die Gewährung von staatlichen Erziehungsbeiträgen an die Mütter (auch die unehelichen), sofern dies die wirtschaftliche Lage der Familie erfordert.

Wir fordern die volle Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen. Es soll insbesondere demselben vermögensrechtlicher Anspruch an den Vater haben wie das eheliche.

Bildungsweisen.

Wir bedürfen eines Bildungswesens, das alle wirtschaftlichen und geistigen Kräfte weckt und ein gesundes, arbeitstreibendes, verantwortungsbewusstes Geschlecht heranbildet.

1. Verwaltung.

Der Staat soll in höherem Maße als bisher für das Volkswirtschaftswesen aufkommen durch Übernahme der Volks- und Bürger-schulen und Mädchenschulen in seine Verwaltung, durch ausnahmslose Verstaatlichung von Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsinstituten.

2. Körperliche Erziehung.

Der Ausbildung körperlicher Tüchtigkeit sollen dienen eine bessere Versorgung für die Hygiene der Schulgebäude, die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen, Bestellung von Schülärzten und Schulärztinnen, Unterricht in Gesundheitslehre, mit besonderem Hinweis auf die Schädlichkeit des Alkohols und Nikotingenusses und auf gefährliche Volkserkrankungen, eine stärkere Betonung der körperlichen Erziehung in Schule und Haus, und zwar auf allen Altersstufen, einschließlich der Schulmädchen, durch modernes Turnen, durch obligates Jugendspiel, durch Bestellung von richtigen Jugendspielplätzen, Schwimmhallen und Freiluftbädern.

3. Geistige und moralische Erziehung.

Im Interesse der Erziehung fordern wir auch die Abwehr der 3 Erziehungsfördernden, wohlfeilsten Sensationsmache (Schandliteratur, Kino, Kinozettel für Jugendliche).

In der Erkenntnis, daß die Ausbildung der Mädchen ihrer Gegenwart entsprechen müsse und daß der Frau, welches Standes sie auch sei, zu ihrem ureigensten Berufe, dem der Mutter und Hausfrau, wohl vorbereitet sein müsse, fordern wir die Errichtung von Frauenhochschulen durch den Staat, wobei die Mädchen nach Vollendung der Schulpflicht zur Erfüllung ihrer wichtigsten Staatsbürgerpflicht, der der Hausfrau und Mutter und Erzieherin, heranzubilden.

Jede Schule soll eine wahre Erziehungs- und Arbeitsschule sein. Sie muß mehr als bisher die praktischen Bedürfnisse des Lebens berücksichtigen. Dieser Forderung sollen dienen: Errichtung von Schulwerkstätten, Umnutzung in Gartenbau und Kleinviehzucht, besonders in Landschulen, Einführung von praktischen Wanderkursen, die Ausgestaltung des Fach- und Fortbildungswesens, eine amtliche Berufsberatung für beide Geschlechter. Die Jugend soll zu nationalem Denken und Fühlen, zum Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und zum Einblick in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erzogen werden. Auch bei der Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen ist auf die Erziehung in nationalem Geiste besonderes Gewicht zu legen.

Dem gesamten Schutzwesen fällt nunmehr Erachtens eine sozial ungeheuer wichtige Aufgabe zu. Es soll durch Hebung der allgemeinen Volkshochbildung die gesellschaftlichen Unterschiede, die bisher so scharf ausgeprägt waren, mildern und womöglich ganz ausgleichen. Diesem Zwecke sollen vor allem Volkshochschulen dienen.

Wir treten dafür ein, daß die Schule jedem konfessionellem Einfluß entzogen werde.

4. Lehrerkand.

Die großen Aufgaben, die dem Lehrer innerhalb des Volkswirtschaftswesens zufallen, geben seinem Stande eine so große Bedeutung, daß seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit im Interesse der Volksgesundheit unbedingt gesichert werden muß.

Die Frau in der Ehe.

Die Stellung der Frau in der Ehe muß durch eine neue Ehegesetzgebung gesichert und geschützt werden. Wir fordern eine Reform des Ehegesetzes, besonders aber die obligatorische Zivilehe, die Möglichkeit der Wiederverheiratung der Katholischgeheirateten, Beseitigung aller konfessionellen Einflüsse in der Ehegesetzgebung.

Nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Hausfrau zu steuern, soll ihre wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeit gesetzlich als Beruf anerkannt werden.

Die arbeitende Frau.

Wir werden dafür eintreten, daß auch die Rechte der arbeitenden Frau, die im Staatshaushalte eine so wichtige Rolle spielt, auf dem Wege der Gesetzgebung gewahrt und geschützt werden. Die oberste Forderung, die wir für sie aufstellen, ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Der Frau müssen die gleichen Bildungsmöglichkeiten geboten werden wie dem Manne. Sie ist grundsätzlich zu allen Berufen, Mestern und Berufsbereitungen zuzulassen. Die für einige Berufe geltenden Zölibatvorschriften müssen fallen.

Die Gesundheit der Frau und damit die des Nachwuchses muß gewährleistet werden durch den Ausbau von Mutterchutz und Mutterschaftsversicherung, durch das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und die mögliche Einschränkung ihrer Betätigung in gesundheitsschädlichen Berufen. Wir fordern die Erweiterung der Gewerbeinspektion auf die hygienischen Verhältnisse der Arbeitsstätten, die Einführung entsprechender Inspektionen für andere Berufe, ferner Arbeiterinnenchutz, pflichtmäßige Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, Altersheim.

Wir verlangen die Erneuerung der Gesetzgebung, die Ausdehnung der Fürsorgegesetzgebung auf die Heimarbeit und Hausindustrie, sowie den Erlass der privaten Stellenvermittlung durch entsprechende staatliche Einrichtungen.

Volksgesundheitspflege.

Eines der wichtigsten Arbeitsfelder für die Frauen wird der Ausbau der Volksgesundheitspflege sein. Es muß vor allem angestrebt werden gegen die größten Feinde unserer Volksgesundheit: gegen Alkoholis-mus, Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose. Die Bekämpfung dieser Seuchen darf nicht nur die Fürsorge für die Kranken im Auge haben (Errichtung und Erhaltung von Heilanstalten, Pflegestätten, ärztlichen Be-

ratungsstellen durch den Staat), sie muß auch durch rechtzeitige Aufklärung und zweckdienliche Vorbeugungsmaßnahmen die Gesunden, besonders die Familien und Wohnungsgenossen schützen. Speziell zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, denen infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse eine so unheilvolle Bedeutung zukommt, fordern wir die ärztliche Anzeigepflicht für diese Krankheiten und die Beibringung eines amtlichen Gesundheitszeugnisses bei der Eheschließung. Ferner verlangen wir die Einführung des Impfzwanges, die Errichtung von Krankenhäusern für den Mittelstand und die Veranlassung der Schulen zur Ausbildung von Berufspflegern, Errichtung von pflichtmäßigen Fortbildungskursen für Amateure auf leitende Stellen in der Krankenpflege.

Wirtschaftliche Forderungen.

Die wichtigste Grundlage für alle Berechnungen zur Hebung der Volksgesundheit bildet eine durchgreifende Wohnungsreform, die ihrerseits eine umfassende Bodenreform voraussetzt.

Wir Frauen haben das größte Interesse an einem geordneten Staatshaushalte. Die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, die Erhöhung ihres Ertrages ist die notwendige Voraussetzung einer gedeihlichen Wirtschaftsführung. Wir treten für eine wahre Volkswirtschaftspolitik ein, die vor allem auf Bedarfsdeckung hin arbeitet und die große Masse der Verbraucher schützt. Wir fordern eine vernünftige Vorratswirtschaft, die wirtschaftliche Verwendung aller Werte, eine gerechte Verteilung der Handelswaren und möglicher Ausschüttung des Zwischenhandels (Konsumtentenorganisationen, staatliche Handelsmonopole für die zur Lebensführung wichtigsten Güter), wir verlangen eine wahrhaft demokratische Steuerpolitik, bekämpfen alle Verschwendung und die indirekten Steuern.

Vermögensabgabe und Bodenreform.

Wir sind Anhänger der Vermögensabgabe, da wir dieselbe als eine Maßregel betrachten, die unerlässlich ist, um die Gefahr des Staatsbankrotts abzuwenden und in absehbarer Zeit wieder zu geordneten Staatssituationen gelangen.

Allen auch der überzeugteste Anhänger der Vermögensabgabe kann nicht verheimlichen, daß diese Steuer in ihrer Anwendung auf den Grundbesitz mit nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftlichen Gefahren verbunden ist, die in der besonderen Natur der Grundbesitz- und Bodens begründet sind: unwirtschaftliche Verlegung von Grundbesitz, gewaltsame Verchiebungen in der Grundbesitzverteilung, Behinderung von Spekulations-läufen, Verschwendung des Bauernstandes. Deshalb wird selbst von eifrigen Verfechtern der Vermögensabgabe vorgeschlagen, bei der Besteuerung des Bodens an die Stelle der Abgabe von Vermögen eine dauernde Zinsverpflichtung zu setzen.

Bei dieser Sachlage muß es wundernehmen, daß in der öffentlichen Erörterung bisher eine Steuer gänzlich unberücksichtigt geblieben ist, die ganz besonders geeignet wäre, an die Stelle der Vermögensabgabe von Grund und Boden zu treten, weil sie jede Begünstigung des Grundbesitzes ausschließt und infolge ihrer allgemeinen, überaus wichtigen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft von höchster Bedeutung ist. Es ist dies die Bodenwertsteuer (Steuer nach gemeinem Wert), die die Hauptforderung der Bodenreformbewegung bildet.

Die Bodenwertsteuer belastet nicht wie die Bodenversteuern die bei der Verwendung des Bodens aufgewendete Arbeit und das in den Boden gesteckte Kapital, sondern erfaßt ausschließlich das reine, arbeitslose Bodenbesitzvermögen, die Grundrente. Denn sie wird nicht nach dem Ertrag, sondern nach dem Bodenwert bemessen. Im Bodenwert kommt die Grundrente zum Ausdruck, der Bodenwert ist gleich dem kapitalisierenden Betrag der Grundrente, die von dem betreffenden Grundstück bezogen wird. Deshalb

läßt der Bodenwert einen Rückschluß auf die Höhe der Grundrente zu. Ein Grundstück, das beispielsweise 4000 K Grundrente tragen könnte, wird — bei Annahme eines vierprozentigen Kapitalisierungszinssatzes — 100.000 K wert sein. Wird auf ein solches Grundstück eine einprozentige Grundwertsteuer gelegt, dann erhält der Staat jährlich 1000 K, das ist ein Viertel der Grundrente, während der Grundbesitzer nurmehr 3000 K Grundrente bezieht. Das kann auf den Wert des Bodens nicht ohne Einfluß bleiben. Wäre ein Käufer früher bereit, für den Boden 100.000 K zu bieten, weil ein Kapital von 100.000 K gleichfalls ein arbeitsloses Einkommen (Kapitalzins) von 4000 K gewährt, 3000 K Rente tragen würde, keinen höheren Wert als 75.000 K erzielen können. Dann unter regelmäßigen Verhältnissen wird man wohl ein Kapital für ein Grundstück ein-lauschen wollen, das ihm weniger Rente trägt, als das Kapital Zinsen getragen hätte. Die Bodenwertsteuer vermindert also den Wert des Bodens um den kapitalisierten Betrag der Steuer. Da der Wert des Bodens nichts anderes ist, als der kapitalisierte Grundrentertrag, fällt auch der Wert des Bodens in demselben Verhältnis, als dieser Ertrag durch die Steuer vermindert wird.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß wenn an die Stelle der Vermögensabgabe die Bodenwertsteuer tritt, der Staat zwar nicht den Vermögenswert selbst, sondern nur die dem Vermögenswert entsprechende Verzinsung erhält. Der Ertrag der Bodenwertsteuer könnte nicht zur Tilgung von Kriegsschulden verwendet werden, sondern würde nur die Verzinsung eines entsprechenden Betrages der Kriegsschulden sicherstellen. Zudem erfüllt die Bodenwertsteuer den Zweck der Vermögensabgabe nur unvollständig.

Dafür aber ergeben sich die folgenden Vorteile:

1. Der Wert des Bodens wird dauernd herabgesetzt. Dadurch wird der Boden als Träger reinen Besitzesvermögens und als Spekulationsobjekt weniger geeignet, dagegen der Erwerb des Bodens für denjenigen, der ihn selbst bebauen will, leichter zugänglich.

Eine vom Grundbesitzer eingehobene eigentliche Vermögensabgabe würde diese volkswirtschaftlich höchst erwünschte Wirkung nicht hervorbringen.

2. Infolge der Herabsetzung des Bodenwertes liegt in der Bodenwertsteuer keine Begünstigung des Grundbesitzes gegenüber demjenigen, der die eigentliche Vermögensabgabe entrichtet. Denn das Vermögen des Grundbesitzers wird in genau demselben Maße gekürzt, wie wenn er die Abgabe wirklich zu entrichten hätte. Sollte die Einhebung der Bodenwertsteuer an Stelle der Vermögensabgabe gleichwohl als eine Begünstigung des Grundbesitzes empfunden werden, so könnte diese Begünstigung durch Einhebung der Bodenwertsteuer in einem entsprechend höheren Prozentsatz ausgeglichen werden. Im übrigen kann auch die Bodenwertsteuer ebenso wie die Vermögensabgabe der Leistungsfähigkeit des Steuerweges angepaßt, insbesondere nach der Größe des Besitzes abgestuft werden, indem man dem größeren Grundbesitz die Steuer in einem höheren, dem kleineren in einem niedrigeren Prozentsatz vorgeschreibt.

3. Die Steuer auf die Grundrente ist, wie von der Theorie übereinstimmend anerkannt und von der Erfahrung bestätigt wird, unüberwältigbar. Sie trifft unbedingt denjenigen, von dem sie eingehoben wird, und kann niemals eine Erhöhung der Bodenproduktionskraft oder der Mietzins zur Folge haben.

4. Bei der Bodenwertsteuer werden die Gefahren vermieden, welche, wie oben hervorgehoben, bei der Einhebung einer Vermögensabgabe für die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft entstehen. Insbesondere der eine gewaltige Verdrängung der Grundbesitzverhältnisse bei dieser Art der Besteuerung ausgeschlossen.

5. Wohl aber nötigt die Bodenwertsteuer, als dauernde Abgabe, zu bester Ausnutzung des Bodens, erzwingt demgemäß automatisch

den Übergang zu solchen Besitzgrößen, die wirtschaftliche Verwendung des Bodens durch den Eigentümer, während sie der Zurechtweisung des Bodens zu spekulativen Zwecken (Spekulationen) und der Verwendung zu Luxuszwecken (Umwandlung der Alpen in Jagdgründe) entgegenwirken.

In dieser Richtung liegen die volkswirtschaftlich hochwichtigen Vorteile der Bodenwertsteuer, die der Bodenreformbewegung wertvoller ist, als der Bodenreformbewegung. Bei ihrer Überwindung der Bedeutung verlieren. Bei der Überwindung der Bedeutung verlieren. Bei der Überwindung der Bedeutung verlieren.

Die Durchführung der Bodenwertsteuer wird grundlegend keine größeren Schwierigkeiten als die Einführung der Vermögenssteuer. Die Hauptschwierigkeit liegt hier wie dort in der Schätzung des Wertes.

Ein Unterschied ergibt sich jedoch in folgenden Punkten:

1. Für die Bemessung der Bodenwertsteuer muß der Wert des nackten Bodens getrennt vom Werte der auf dem Boden befindlichen Kapitalien (Bauwerke, Gebäude, Fundus instrumente), geschätzt werden. Denn nur der Wert des nackten Bodens kommt der Grundsteuer zum Ausdruck. Nur dieser Wert läßt einen Rückschluß auf die Höhe der Grundrente zu, nur nach diesem Werte darf die Bodenwertsteuer bemessen werden, während von allen übrigen Vermögenswerten, beziehungsweise Bestandteilen, die eigentliche Vermögensabgabe zu entrichten wäre.

2. Da die Vermögensabgabe eine dauernde Abgabe ist, muß auch ihre Bemessungsgrundlage, der Wert des nackten Bodens dauernd evident gehalten werden. Die Durchführung der Bodenwertsteuer ist daher die Einrichtung eines Grundwertkassensystems, der von Zeit zu Zeit je nach den Bewegungen des Grundwertes revidiert werden muß.

Die Schwierigkeit dieser Aufgabe ist nicht unterschätzt werden. Andererseits ergibt sich aber der Vorteil, daß die Abgabe der Bewegung des Grundwertes angepaßt wird. So wird der Boden jeht, wo er nur mehr ist, da diese im allgemeinen steigende Tendenz zeigt, gleichfalls allmählich ansteigen würde. Gleichzeitig wäre mit dem Grundwertkassensystem eine geeignete Grundlage für die Umgestaltung der gänzlich veralteten Grundsteuer gewonnen, deren Reform ja doch nicht ausbleiben kann.

Nach dem Vorgang in der Gedanke, die Vermögensabgabe vom Grundbesitz in der Form der Bodensteuer einzuführen, nicht von der Hand zu lassen. Es wäre damit der Anfang zu jener großen Reform gemacht, die unter dem Namen „Bodenreform“ in Deutschland, England und neuerdings auch in Ungarn in Angriff genommen worden ist und sich überall bewährt hat. Die Vermögensabgabe bietet eine günstige Gelegenheit, mit dieser Reform endlich auch bei uns zu beginnen.

Die Idee der Güterverteilung und ihr Mißbrauch durch Trocki.

Wir finden in Tolstois Werke „Aufklärung“ die Anregung, größere Besitzungen zu parzellieren und diese Teilstücke Bauernhöfen zuzuteilen. „Warum gerade Bauernhöfen?“ wird so mancher fragen. Erstens weil der Bauer die Bewirtschaftung des Bodens jedenfalls besser versteht als ein städtischer Arbeiter, und zweitens könnte man durch diese Maßregel der Landflucht steuern, die dadurch hervorgerufen wird, daß auf einem Bauernhofe mit einer kinderreichen Familie die Existenzbedingungen fehlen. Die Söhne und Töchter wissen sich auf keine andere Weise zu helfen, als daß sie nach der Stadt wandern, um dort ihr Brot zu finden. Wenn ihnen nun Besitzungen zugelegt würden, fiele der Grund für das Verlassen ihrer Heimat weg und es wäre somit auch den Arbeitern in der Stadt geholfen. Die Söhne würden sich auf eine günstigere Höhe stellen, weil das Angebot an Arbeitskräften nicht mehr so groß sein würde. Allerdings ist ein solches Unternehmen für unsere Gegenden ohne jeden Wert. Rußland, das Land des Adels, Rumänien und teils auch Ungarn eignen sich wohl am besten für diese Pläne.

Nicht so laien Trocki und Lenin diese Sache auf. Sie erklärten einfach alle Besitzungen für allgemeines Eigentum und es bemächtigten sich unverantwortliche Elemente dieser Idee, um sie für ihre selbstfälligen Pläne zu benutzen. Die Arbeitermassen strömten auf das Land und nahmen alles, was ihnen unter die Hände kam, weg. Es wurden zwar große Besitzungen zerstückelt, aber es fehlte an tatkräftiger Führung, um in die Wirrwarr eine gewisse Ordnung zu bringen. Als Daten in der Landwirtschaft stürmten sich die Bolschewisten nicht um den Boden; es fehlte an Samen, da die vorhandenen Vorräte aufgezehrt waren, ohne an die kommende Aussaat zu denken. Nur Hunger und Not zwangen die Bauern und Getreideverkäufer sich in die Wägen. Man sah sich die Kultur gehoben hatte, stehende Felder entfielen waren, so wurde durch Wohnverstellungen dieses herrliche Land verwüstet und nicht lange wird es dünnern, so wird man wieder von den Krawallern Rußlands sprechen. So haben diese Machthaber nur Unglück und Verderben über ihre Genossen gebracht und Kultur und Zivilisation um Jahrzehnte zurückgeworfen. Ihre Gewalt gebrauchten sie, um sich zu bereichern. Diese falsche Auffassung wird sich nicht mehr so leicht ausrotten lassen. Auch nach den anderen Ländern hat sie sich verbreitet und Deutschland, dieser Staat der höchsten Kultur, mordet sich dahin im Bürgerkrieg. Nur das alte Österreich ist noch verschont geblieben. Wie lange wird es dauern? Agitatoren ziehen von Ort zu Ort und predigen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Zu ihnen gesellen sich die, die im Felde ein lautes Leben geleitet und die Arbeit vergessen haben. Anmerkwürdiger Anblick sieht der Bauer in die Zukunft und sein Land, das er unter Entbehrungen erhielt, um es seinen Nachkommen zu bewahren, dieses flüchtige Erbe wird er hergeben müssen, um selbst zum Bettelstabe zu greifen. Kaum hatte er sich in diesem Kriege etwas emporgearbeitet und die Schuldenlast, die so schwer sein hat und Gut bedrückte, abgeschüttelt, so fühlte er sich als irrender Mann, muß er für seinen Grund und Boden fürchten. Gibt es keine Rettung, keine Hilfe?

Sagen wir den Volk: Vermehrt und veredelt ist der Grund, verbraucht die Seinskraft des Bauern. Welche Kraft und vor allem welche Mittel würden nötig sein, dieses Land, das die Millionen der Arbeiter ernährte, wieder in erwerbsfähigen Zustand zu setzen. Wo wird der Bauer sein, der den Kampf mit diesen Elementen aufnimmt, um Nahrung für die Leute der Stadt herzustellen? Verarmt und verlassen wird er dahinstehen, nicht mehr fähig den Pflug zu führen und das Hungergepöhl, das uns von der Ferne winkt, wird Eingang haben in die Städte. Dies werden die Folgen sein, wenn nicht ein übernatürliches Wesen die Leute zur Vernunft bringt. Die Beispiele Rußlands und Deutschlands mögen denen als Warnung dienen, die auch in unseren Ländern die bolschewistischen Ideen verwirklichen wollen.

Robert Bortolich, Magdeburg.

Städt. Wohnungswesen.

Von Dr. Meißner, Wien.

Die wichtigste soziale und nationale Pflicht der Gemeinde ist, billige Wohnungen zu schaffen. Tausende wohnen heute zusammengepfercht in überfüllten Wohnungen, haben nicht einmal so viel Licht und Luft wie Erbsen nach den Vorschriften für Gefängnisse, daher die furchtbare Verbreitung der Tuberkulose, die entsetzliche Krankheitssterblichkeit (in Wien 30 Prozent). Stille Verrohung, Verbrechen und Bolschewismus müssen sich entwickeln, wenn nichts Eltern, Kinder und Bettelgänger auf einen engen Raum zusammengedrängt sind. Die Jugend verarmt, die auf die Straße angewiesen ist. Nur durch billige und ausreichende Wohnungen läßt sich Abhilfe schaffen. Bei dem heutigen Massenelend sind die bisherigen Mittel unzureichend. Von den Kleinwohnungen durch die Gemeinde, Vergebung von Baugründen gegen Erbbaurecht, Wohnungsgenossenschaften usw. sind allein ohne dauernde Wirkung. Die Ursache der Wohnungsknappung muß beseitigt werden. Der Bodenbesitzer der Grundbesitzer dazu gezwungen, daß die Gemeinde für Wohnungswesen Grund enteignen kann: sie erwirbt dabei viel zu wenig und zu teuer Grund. Jedermann muß billig Grund erwerben können. Dazu hilft uns durchgreifende Bodenreform vor allem, als wirksamste Mittel die Bodenwertsteuer.

Der Kauf von Baugründen ist heute eine sichere, risikolose und lustvolle Kapitalanlage. Dem Grundbesitzer fällt durch das Steigen der Grundwerte ohne jede Arbeit ein ungeheurer Gewinn zu. Er hält den Grund solange zurück, bis der Käufer den Preis zahlen muß, auf den der Spekulant den Grund treiben wollte. Bei Einführung der Bodenwertsteuer muß der Bodenbesitzer jährlich vom Werte des nackten Bodens eine Steuer entrichten. Beträgt diese auch jährlich nur ein halbes Prozent vom Werte des Bodens, dann ist diese Kapitalanlage nicht mehr kostenlos: der Grund frisst Kapital, der Besitzer muß ihn aufbringen, wenn er nicht daraufzahlen will, er ist daher eher geneigt, zu verkaufen; mit dem steigenden Angebot wird der Grund umso billiger, je höher die Bodenwertsteuer ist. Dieses Mittel ist in vielen Städten Deutschlands mit großem Erfolge erprobt. Es ermöglicht die Beseitigung der unsozialen Zustände der Gemeinde zur Sanzinssteuer, die die Wohnungsgewinne der Vermieter am meisten vergrößert, und der Zuschläge zur unrentablen Veranschlagung.

Wenn wir einmal wissen, was die Freiheit ist, so wird es auch sehr leicht sein, sagen zu können, wer die Feinde derselben sind. Die Freiheit besteht darin, daß jeder seinen menschlichen Bedürfnissen und Verfassungen mit Sicherheit nachgehen kann, ohne befürchten zu dürfen, daß er darin gestört werde. Die vorzüglichsten und einzigen Feinde der Freiheit sind daher alle diejenigen Menschen, welche mit heftigen Begierden und Neigungen behaftet sind, die sie immer auf jedem Wege, der ihnen einfällt, befriedigen möchten. Der Geizige will Geld, wenn er es auch nie in der Hand hat, der Verschwendunger will auch Geld, er will es sehr häufig, umfänglich, um es schnell wieder herauswerfen zu können; andere sind ehrsüchtig, sie wollen alles selber tun, wollen dafür gelobt sein, drängen sich überall zu, drängen andere weg und beschimpfen und verleumden alles, was andere tun und was sie selber tun möchten, wenn sie es auch nicht können und verstehen; oft wirkt auch noch der Vorwitz auf sie, welchen sie bei dem Geschäfte hoffen. Das Traurige bei solchen Menschen ist das, daß sie, wenn sie ihren Begierden nachhängen, immer unersättlicher darin werden und endlich alles ergreifen, um sich nur befriedigen zu können und zuletzt in Ruin und Verzweiflung geraten. Da werden sie erst recht unzufrieden und suchen alles umzustossen, was ihnen eine Schranke setzt. Die meisten Leute, welche in ihren Vermögensumständen abgewirtschaftet haben, werden dann Tadler der bestehenden Gebräuche und möchten alles anders und besser haben, das heißt, sie möchten wieder schnell und ohne Mühe zu etwas kommen. Wären wir alle gut, gerecht, vernünftig und billig gegen den Nebenmenschen und begingen wir keinen Eingriff in die Rechte des anderen, so wäre kein Streit, kein Richter, kein Anwalt, kein Militär notwendig, höchstens bräuchten wir eine Kommission, die dafür zu sorgen hätte, daß nicht durch Zufall ein Schaden oder eine Verwirrung entsteht, z. B. durch Feuer, durch ein Gemitter, durch Krankheiten u. dgl. Aber weil es Menschen gibt, die mit Begierde über alle Vernunft nur ihre Begierden befriedigen möchten, so sind Anstrengungen nötig, daß solche Menschen bei ihren Begierden nicht die Rechte anderer angreifen; oder wenn sie es getan haben, daß der Beschädigte wieder in sein Recht eingesetzt werde und Schadenersatz bekomme. Daraus sind Gesetze, sind Richter, sind Anwälte notwendig. In solchen Zeiten, wo die Menschen ihren Begierden nachgehen, gelingt es auch immer, wenn die Gesetze und Richter gut sind, die verdorbenen Menschen im Zaum zu halten und das Land vor großen Schäden und vor Unfreiheit zu bewahren. Aber schließlich und vor allem wird das Land verderben, wenn solche

Ueber das Freiheitsproblem.

Aus dem „Schriften über Literatur, Politik und Kunst“ von Albert Stifter.

Wenn wir einmal wissen, was die Freiheit ist, so wird es auch sehr leicht sein, sagen zu können, wer die Feinde derselben sind. Die Freiheit besteht darin, daß jeder seinen menschlichen Bedürfnissen und Verfassungen mit Sicherheit nachgehen kann, ohne befürchten zu dürfen, daß er darin gestört werde. Die vorzüglichsten und einzigen Feinde der Freiheit sind daher alle diejenigen Menschen, welche mit heftigen Begierden und Neigungen behaftet sind, die sie immer auf jedem Wege, der ihnen einfällt, befriedigen möchten. Der Geizige will Geld, wenn er es auch nie in der Hand hat, der Verschwendunger will auch Geld, er will es sehr häufig, umfänglich, um es schnell wieder herauswerfen zu können; andere sind ehrsüchtig, sie wollen alles selber tun, wollen dafür gelobt sein, drängen sich überall zu, drängen andere weg und beschimpfen und verleumden alles, was andere tun und was sie selber tun möchten, wenn sie es auch nicht können und verstehen; oft wirkt auch noch der Vorwitz auf sie, welchen sie bei dem Geschäfte hoffen. Das Traurige bei solchen Menschen ist das, daß sie, wenn sie ihren Begierden nachhängen, immer unersättlicher darin werden und endlich alles ergreifen, um sich nur befriedigen zu können und zuletzt in Ruin und Verzweiflung geraten. Da werden sie erst recht unzufrieden und suchen alles umzustossen, was ihnen eine Schranke setzt. Die meisten Leute, welche in ihren Vermögensumständen abgewirtschaftet haben, werden dann Tadler der bestehenden Gebräuche und möchten alles anders und besser haben, das heißt, sie möchten wieder schnell und ohne Mühe zu etwas kommen. Wären wir alle gut, gerecht, vernünftig und billig gegen den Nebenmenschen und begingen wir keinen Eingriff in die Rechte des anderen, so wäre kein Streit, kein Richter, kein Anwalt, kein Militär notwendig, höchstens bräuchten wir eine Kommission, die dafür zu sorgen hätte, daß nicht durch Zufall ein Schaden oder eine Verwirrung entsteht, z. B. durch Feuer, durch ein Gemitter, durch Krankheiten u. dgl. Aber weil es Menschen gibt, die mit Begierde über alle Vernunft nur ihre Begierden befriedigen möchten, so sind Anstrengungen nötig, daß solche Menschen bei ihren Begierden nicht die Rechte anderer angreifen; oder wenn sie es getan haben, daß der Beschädigte wieder in sein Recht eingesetzt werde und Schadenersatz bekomme. Daraus sind Gesetze, sind Richter, sind Anwälte notwendig. In solchen Zeiten, wo die Menschen ihren Begierden nachgehen, gelingt es auch immer, wenn die Gesetze und Richter gut sind, die verdorbenen Menschen im Zaum zu halten und das Land vor großen Schäden und vor Unfreiheit zu bewahren. Aber schließlich und vor allem wird das Land verderben, wenn solche

Menschen, wenn die Ruhe des Landes gestört wird und eine Revolution entsteht. Es ist zu wissen, daß die Leute, die damit umzugehen haben, einer Verbesserung bedürfen, da geschieht es auch manchmal, daß die Forderungen so laut werden, daß die Köpfe sich so erheben, daß ein Aufstand in dem Lande ausbricht. Da kommen nun diese Leute herbei, es ist ihnen eine heilige Pflicht, die Gesetze, die Richter, alle Schranken, die ihren Begierden bisher entgegenstanden sind und die ihnen daher verhaßt sind, niederzureißen und alles auf einmal zu erlangen, was sie bisher immer gewünscht haben. Da sagen sie nun dem Volke, das sei die Freiheit, daß man alle Gesetze, die uns eingeschränkt haben, umstoße, daß man dieselben anders und zwar so mache, daß man Menschen schier alles erlaubt sei, daß man das Aushalten der Ordnung nicht mehr achte, sondern selber regiere, und daß man sich überhaupt unter nichts mehr fenge, als was sie für gut finden. Das Volk ist nun das, es wird selber erregt, die tierischen Begierden erwachen, gute Menschen tun dann sogar schreckliche Dinge, die sie nachher bitterlich bereuen, die Volksführer beginnen zu regieren, können es nicht, greifen zu den gewaltigsten und zerstörendsten Mitteln; andere wollen es ihnen noch zuvorn, überreißt es noch mehr, es kommt Verwirrung, Zerstörung und Ruin des Landes hervor, bis sich endlich die Menschen in Verzweiflung erheben und mit Kanonen und Waffen ein Ende machen. Das sind meistens die Ausgänge von Revolutionen, und es kommt die Mithrasdämmerung. Manche Freiheiten, die das Volk sonst erlangt hätte, wenn es sich möglich und vernünftig benommen hätte, werden durch jene Heer verdorben und verloren, und das Land ist wie aus Wunden blutend geworden. Daher ist die heiligste Lehre der Geschichte:

Suche eher auf unermüdlige, aber ruhige Weise die Abhilfe deiner Uebel, denn es selbst jahrelang dauert, ehe du dich in die Verwirrung und das Elend einer Revolution stürzt. Man weiß nie, wohin sie führt, die aufgeregten Menschenmengen tun was sie wollen, sie gehen weit über das Ziel hinaus und es wird Verwirrung, Not, Angst, Verarmung, Brand, und endlich der Bürgerkrieg, wo ein Teil des Landes gegen den anderen ist und sich beide verderben. Ich habe einmal das Gleichnis gesagt: Wer zu einem Zwirne eine Revolution anhebt, der gleicht einem trübseligen Bauer, welcher sagt, er wolle die Hälfte seiner Scheuer abbrennen, dann kann er das Ding nicht mehr erlösen, er sieht die Scheuer, das Haus, den Hof, das Dorf, die Stadt abbrennen und ist in Verwirrung.

Aus der Zeit der Judenemanzipation.

Sie sind dahin, die vielgeachteten Tage, Das Blättlein hat schon lange sich gewandelt; Der Jude ringt uns unter enger Kugel, Nützlich das Best aus ungeschickter Hand.

Emanzipiert, wie ihr es einst verarmt, Dies habe Volk! Die Mode wechselt ja! Es hat schon längst zu kaufen sich gewandt Und steht als Macht euch gegenüber da.

Den Landmann, drängt es hart aus seinem Sitz, Den Krämer scheucht es von dem Markte fort, Und halb um Gold und halb um Elendenmühe

Kauf es den Zeitgeist ab sein Leinwandorn, Wirt ihr, wie tief sein Zauber schon gedrungen?

Schaut her, die ihr von Menschenrechten träumt, Sie reden drein mit den metallenen Zungen, Wo steht der Christ verurteilt und zagt und stümt.

Was kann dem Stammen Emanzipation bringen, Der nie den Schächer sich emanzipiert; Was ihr ihm schenken will, hat er gekostet, Und ist ihr von Prinzipien bispant.

Wohin ihr sagt, ihr werdet Juden jagen, Allüberall das Ungeheuer des Herrn, Geht, sparet sie wieder in die alten Gassen, Ob sie auch in ein Christenkleid sperrt!

Frans Dingeldey.

Dank.

Gestatte mir die Mitteilung zu machen, daß ich meine

Spezereitwarenhandlung

Luthergasse Nr. 9

an Herrn Franz Starčič verkauft habe.

Sch danke den lieben Kunden für das mir entgegengebrachte Vertrauen und bitte selbst meinen Herrn Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Marburg, am 10. Mai 1919.

Alexander Mydill.

Üebnahme.

Sch erlaube mir dem werthen P. T. Publikum ergebenst bekanntzugeben, daß ich die

Spezereitwarenhandlung

Luthergasse Nr. 9

des Herrn Alexander Mydill kauftlich erworben habe.

Als langjähriger, erfahrener Kaufmann wird es mein Bestreben sein, nur erstklassige Waren zu den billigsten Preisen d. P. T. Publikum zu verabsorgen und bitte, das meinem Herrn Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen mir gütigst übertragen zu wollen. Mit aller Hochachtung

F. Starčič.

Bonbons, Kanditen

Ruregasse 7 Marburg, Ruregasse 7

„Zuckerhäuschen“

Mehrere kräftige Hilfsarbeiter

für Akkordarbeit werden aufgenommen. Meldung halb 7 Uhr früh in der

Styria-Dampfmühle, Marburg

Rundmachung.

Nach Erlass der Landesregierung für Slowenen in Laibach vom 23. April 1919, Nr. 459, wird für die Bewohner der Stadt Marburg die allgemeine Zwangsimpfung gegen Blattern anordnet. Sämtliche Bewohner, welche in der Zeit vom 1. Jänner 1918 bis 1. Jänner 1919 nicht oder ohne Erlaß gegen Blattern geimpft wurden, müssen bis 25. Mai 1919 den Nachweis erbringen, daß sie sich in der Zeit vom 1. Jänner 1919 bis 24. Mai 1919 der Blatternschutzimpfung unterzogen haben. Ab 24. Mai 1919 in Marburg Aufenthalt nehmende Personen haben bei der Meldung den Impfnachweis beim Meldeamt zu erbringen.

Gegen Zuwiderhandelnde wird mit Geldstrafe von 10 K. bis 1000 K. bzw. Arreststrafe von 1 Tag bis 6 Wochen vorgegangen und werden selbe außerdem zwangsweise zur Impfung vorgeführt.

Die näheren Bestimmungen über die Art der Durchführung der Impfung ist in den Marburger Tagesblättern bekanntgegeben.

Marburg, am 2. Mai 1919.

Der Regierungskommissär: Dr. Weiser m. P.

Maschinenstrickerei und Strumpfpreparatur



Empfehlte sich zur Anfertigung sämtlicher Strickarbeiten. — (Auch werden Strümpfe zum Anstricken angenommen.)

Walu Oman, Schulgasse 4

Cafe Promenade

wieder eröffnet!

Sonntag Konzert.

Einige Waggon

Schöne Kisten-Karossen sind abzugeben von 50 K. aufwärts. Kunden sollen Sonntag den 11. und Montag den 12. Mai in der Webergasse Nr. 9 anfragen, da für letzter nicht mehr verkauft wird. v. Hülshoff Paul und Maria Ferra.

Die Firma Alois Zoratti

Kunstanstalt in Marburg

Schneiderergasse 3

empfiehlt sich zur Neuausführung von Rahmen, Ziffer, Tiergeräten, Restaurierung von Gemälden, Vergoldung von Rahmen, Möbelen usw. 11769

Tischlerei für biengen-

wirtschaftliche Geräte

Marburg, Bettauerstraße 14

empfiehlt Original-Alberti-Schneiderisch-Stöcke, Kunstschwillinge in praktischer und moderner Ausführung.

B. J. Alberer.

Kuranstalt

Rogaška Slatina

(früher Rohitsch-Sauerbrunn)

Saisonöffnung am 15. Mai 1919. Alle Kurbedürfnisse, Verpflegung vorgeordnet. Prospekte und Anfragen an die Direktion der Kuranstalt Rogaška Slatina. 11680

Felzwaren, Winterkleider, Tennische

übernimmt zur

Aufbewahrung über den Sommer gegen Garantie

Karl Gränitz, Kürschner, Herrengasse 7

Gegründet 1864.

Telephon 44/VIII.

Reparaturen und Umänderungen von Pelz-: sachen werden billigst berechnet. ::

Marburner Stadtkino, Dompf.

Heute Sonntag den 11. Mai 1919

Nur 2 Tage Kriminalschlager Nur 2 Tage

Esther Carena in

Der Zeuge

aus dem

Jenseits

Gesellschafts-Drama in 5 Akten.

Täglich 18 u. 20 Uhr abends, Mittwoch und Samstag 16. 18 u. 20 Uhr abends, Sonntag halb 15, 16, 18 u. 20 Uhr Vorstellungen.

Erstes Marburger Bioskop.

Samstag den 10. bis 13. Mai

Großer Ausstattungs-Erfahrung

Die Augen der Mumie Aba

Drama in 4 Akten.

Hauptdarsteller: Rosa Negerl und Harry Nichte.

Emmahu, der Schrecken Afrikas

Ein lustiges Volkstück in 3 Akten.

Hauptdarsteller: Arnold Negerl.

Weißfalk

frischer Gogorer
soeben eingelangt bei

C. Bidel, Marburg
27 Volksgartenstraße 27.

Ribfelle

werden zu höchsten
Preisen gekauft

Blasius Rogina
26 Herrengasse 26.

- Universum -

Beiz-Extrakt
zur Erzeugung u. Verbesserung von Tabak!
1 Beutel K 5.—
3 Beutel K 12.—
Ab Linz gegen Nachnahme. Prospekt gratis

Tabak

Rehoř's Versandhaus
LINZ Nr. 42

Dankagung.

für die liebevolle Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Bruders

Franz Wambrechtamer

sowie für das letzte Geleit spreche ich im eigenen sowie auch im Namen der sämtlichen Verwandten meinen innigsten Dank aus.

Marburg, am 9. Mai 1919.

Johanna Friebl, geb. Wambrechtamer
Stenoverwalterwitwe, als Schwester.

Für die liebevolle Anteilnahme an dem schweren Verluste, der uns getroffen hat, sagt innigsten Dank

die tieftrauernde

Familie Krifchanz.

Marburg—Graz, am 10. Mai 1919.